

MdB Friese hatte eingeladen:

„Ganze Staatsregierung“ zu Gast

50 Unterländer besuchten Berlin

Gleich eine „ganze Staatsregierung“ konnte der Heilbronner SPD-Bundestagsabgeordnete Harald Friese in Berlin bei der Begrüßung einer Besuchergruppe aus dem Unterland willkommen heißen. Denn sieben der 50 Reiseteilnehmer, die Friese für vier Tage an die Spree eingeladen hatte, gehörten im letzten Sommer Regierung und Parlament des Staates ORPLID an, der im Neuenstädter Eduard-Mörrike-Gymnasium im Rahmen des Projektes „Schule als Staat“ gebildet worden war.

Angeführt vom Staatspräsidenten Hans-Cornelius Weber konnte das ORPLID-Regierungskabinett nun in der Bundeshauptstadt erkunden, wie es wohl ist, wenn man nicht nur 320 Staatsbürger regiert, sondern ein paar Millionen mehr. Das eng gesteckte Programm führte die Berlin-Gäste in das Bundesministerium für Gesundheit, das Bundespresse- und Informationsamt, das Museum am Checkpoint Charlie, die Ausstellung „Topographie des Terrors“, das Charlottenburger Schloß und natürlich ins Reichstagsgebäude, den Sitz des Deutschen Bundestages. Bei diesen Gesprächen und Führungen, aber auch bei der abendlichen Rundfahrt auf einem Spree-Dampfer durch den historischen Bezirk „Mitte“, der ausgedehnten Stadtrundfahrt, beim Rundblick von der berühmten Kuppel des Reichstagsgebäudes und nicht zuletzt beim Auftritt des legendären Berliner Kabarettensembles „Die Stachelschweine“ wurde spürbar, wie intensiv sich in Berlin deutsche Geschichte und aktuelle Politik verbinden.

Bei der Diskussion mit Gastgeber Friese in der baden-württembergischen Landesvertretung stand erwartungsgemäß die aktuelle politische Situation im Vordergrund. Und so durfte der Abgeordnete nicht nur „wieder einmal eine kunterbunt gemischte Gruppe“ begrüßen und einen detaillierten Abriß seiner parlamentarischen Arbeitsschwerpunkte geben, sondern sich auch manch kritischer Frage stellen. Wobei er deutlich machte, daß es neben den „großen“ politischen Themen auch noch eine Arbeit im Bundestag gibt, die „nicht unbedingt spektakulär ist, die aber im parlamentarischen Betrieb auch ihren Platz finden muß“.

Konkretes Beispiel hierfür ist für Friese die von ihm und anderen MdBs vorangetriebene „Änderung des Personenstandsgesetzes“. Hinter diesem „so ungemein bürokratisch klingenden Vorhaben“ verberge sich die Regelung anonymer Geburten. Dabei gehe es darum, durch eine Gesetzesänderung für Mütter in Ausnahmesituationen die Möglichkeit zu schaffen, ihr Kind anonym unter humanen Bedingungen und mit ärztlicher Betreuung zur Welt zu bringen. „Es kann“, betonte der Abgeordnete, „in einem Sozialstaat nicht hingenommen werden, daß Schwangere, die anonym entbinden wollen, dies in öffentlichen Toiletten oder anderen Orten ohne Beistand tun müssen“. Die Gesetzesänderung ziele darauf ab, „damit verbundene Panikreaktionen und Verzweiflungstaten wie Aussetzung oder gar Tötung des Neugeborenen künftig zu vermeiden“. „Denn in der Güterabwägung zwischen dem Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung und dem Recht auf Leben unter Verzicht auf die Kenntnis der eigenen Abstammung“ kann es für Harald Friese nur eine Entscheidung geben: „Sie muß zugunsten des Lebens fallen“.